

**19. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Ferat Koçak (LINKE)**

vom 09. Juni 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Juni 2022)

zum Thema:

**Rassistische Vorfälle bei Fahrkartenkontrollen**

und **Antwort** vom 24. Juni 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Juni 2022)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Ferat Koçak (Die Linke)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12144  
vom 09. Juni 2022  
über Rassistische Vorfälle bei Fahrkartenkontrollen

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt öffentlichen Rechts um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

1. Wie viele Zwischenfälle mit vermutetem oder bestätigtem rassistischem Motiv in Zusammenhang mit Fahrscheinkontrollen in Diensten der BVG, gab es in den Jahren 2020 bis 2022 in Berlin, sowohl gegen Passagiere, als auch gegen Mitarbeitende (wenn möglich, aufgegliedert nach Bezirken)?

Zu 1.: Die BVG teilt mit, dass seit Ende 2021 zwei Beschwerden mit Rassismusbewerfen in Zusammenhang mit Kontrollpersonal vorliegen.

In den sozialen Medien wurden 2021 drei Vorfälle thematisiert, in denen ein Diskriminierungsbewerf formuliert wurde. In einem Fall konnte dies widerlegt werden (s. hierzu auch Drucksache 18/26768) bei den anderen Vorgängen ist das

Ermittlungsverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen, bzw. Klage erhoben worden, sodass die BVG hierzu keine Angaben machen kann.

Beschwerden zu Diskriminierungen werden seit Ende 2021 in einem verstetigten Verfahren dokumentiert und ausgewertet.

2. Wie viele dieser Fälle wurden der BVG selbst gemeldet, wie viele der Antidiskriminierungsstelle des Landes Berlin?

Zu 2.: Die BVG teilt mit, dass es zwei Fälle gab, die über die LADG-Ombudsstelle an die BVG übersandt wurden und in denen dem Kontrollpersonal der BVG rassistisches Verhalten vorgeworfen wurde.

Der bei der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung im Oktober 2020 eingerichteten LADG-Ombudsstelle wurden zwischen Oktober 2020 bis Mitte Juni 2022 acht Fälle gemeldet in denen Kontrollpersonal der BVG rassistische Diskriminierung und / oder Gewalt vorgeworfen wird.

Hinzu kommen sieben Fälle, in denen Busfahrern, und zwei Fälle, in denen U-Bahnfahrern der BVG rassistische Diskriminierung vorgeworfen wird.

3. Bei wie vielen der Fälle kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen?

4. Bei wie vielen der Fälle wurde die Polizei hinzugezogen?

Zu 3. und 4.: Eine automatisierte Recherche in den polizeilichen Datenverarbeitungssystemen im Sinne der Fragestellungen ist nicht möglich.

5. Bei wie vielen der Fälle konnte von der betroffenen Person ein gültiges Ticket nachgewiesen werden?

Zu 5.: Die BVG teilt zu 3. bis 5. mit, dass in den beiden bekannt gewordenen Fällen während der Fahrausweiskontrolle zu körperlichen Auseinandersetzungen kam. Die Polizei wurde in beiden Fällen hinzugezogen und es wurden gegenseitige Anzeigen erstattet.

6. Welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen wurden bei bekanntgewordenen Fällen gegenüber den beschuldigten Mitarbeitenden gezogen?

Zu 6.: Bei nachweislichen Fällen von Diskriminierung oder Gewaltanwendung reagiert die BVG sofort mit den gebotenen arbeits- und vertragsrechtlichen Konsequenzen. Betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienstleister werden in solch einem Fall nicht mehr zum Dienst für die BVG zugelassen. Etwaige weitergehende arbeitsrechtliche Maßnahmen liegen in der Verantwortung der Dienstleister. Angesichts der Vielzahl der täglichen Kontrollen sind solche Vorfälle absolute Ausnahmen.

7. Wie viele der Mitarbeitenden im Bereich der Fahrscheinkontrolle sind direkt bei der BVG angestellt, welche über Subunternehmen beschäftigt (bitte aufschlüsseln nach Unternehmen)?

Zu 7.: Für die Durchführung der Fahrausweisprüfungen stehen ca. 120 betriebsfremde und 40 BVG-eigene Kontrollkräfte zur Verfügung.

Die BVG hat zwei Dienstleister mit der Durchführung von Fahrausweisprüfungen beauftragt, die jeweils Zuschläge für U-Bahn und Tram sowie U-Bahn und Bus im Rahmen einer öffentlichen, europaweiten Ausschreibung erhalten haben. Die Verträge laufen über mehrere Jahre und werden dann erneut ausgeschrieben. Neben den regulären Kontrollen durch die in- und externen Kontrolldienste werden auch anlassbezogene Kontrollen durchgeführt.

8. Nach welchen Entgeltregelungen werden die Mitarbeitenden bei BVG und Subunternehmen entlohnt? Inwiefern werden „erfolgreiche“ Kontrollen zusätzlich entlohnt?

Zu 8.: Die Entlohnung erfolgt bei den BVG-eigenen Kontrolleuren nach dem TV-N Berlin, bei den Dienstleistern nach Branchentarifvertrag. Die BVG zahlt Ihren Kontrolleuren keine Erfolgsprämien. Auch in den Verträgen mit unseren Dienstleistern ist dies nicht vorgesehen.

9. Sind Fälle von Mitgliedschaften von Fahrkartenkontrolleur\*innen in rechtsextremistischen Organisationen bekannt (geworden), wenn ja, welche Konsequenzen werden/wurden gezogen?

Zu 9.: Hierzu liegen der BVG keine Erkenntnisse vor.

10. Wie werden Mitarbeitende im Bereich der Fahrscheinkontrolle gegen rassistisches Verhalten, Racial Profiling, Sexismus und allgemein diskriminierenden Verhaltens geschult?

Zu 10.: Die BVG führt u. a. Schulungen der internen Prüfpersonale mit den Schwerpunkten Deeskalation, Antidiskriminierung und Diversity durch. Die externen Dienstleister schulen ihr Kontrollpersonal zu diesen Punkten eigenständig und weisen dies gegenüber der BVG nach.

Die BVG tritt gegen Diskriminierung ein und lebt dies vor, auch bei den Mitarbeitenden ist das gesamte interkulturelle Spektrum zu finden.

Berlin, den 24. Juni 2022

In Vertretung

Tino S c h o p f

.....

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe